



## **Geschäftsführung Wirtschaftsausschuss**

Herr Müller

Telefon: (0221) 221-23717

Fax : (0221) 221-26686

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 10.05.2010

### **Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 4. Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 29.04.2010**

#### **öffentlich**

#### **5.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes Arbeitstitel: "Schanzenstraße Nord" in Köln-Mülheim 0526/2010**

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Herr Gey bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Ausweisung einer abgestuften GI-Fläche mit in die Vorlage aufgenommen werden könne.

Herr Frank weist darauf hin, dass die festgelegten Ziele im städtebaulichen Entwicklungskonzept aus dem Jahr 2000 einen Bestandsschutz für das dort vorhandene produzierende Gewerbe vorsehe und dies auch die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und gegebenenfalls auch Erweiterung beinhalte und bittet die Verwaltung um eine eindeutige Stellungnahme, ob der Aufstellungsbeschluss diese Festlegung berücksichtige.

Herr Murrack (Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften) berichtet von Bedenken der Anlieger bezüglich der Vereinbarkeit von Gewerbe und Wohnen. Er halte jedoch die vorliegende Planung für den nördlichen Bereich für unproblematisch.

Herr Detjen spricht sich gegen die Aufstellung von zwei Bebauungsplänen aus. Die mit dieser Vorlage verbundene Festlegung auf Gewerbeflächen im nördlichen Teil bedeute gleichzeitig, dass im südlichen Teil auch Wohnen ermöglicht werden müsse. Diesen Zusammenhang solle die Vorlage auch eindeutig benennen.

Herr Sachse befürwortet die Ausweisung von GI-Flächen im nördlichen Bereich. Die Stadt verfolge mit dem Businessplan Industrie das Ziel, für Industriebetriebe als Standort attraktiv zu sein und müsse daher auch entsprechende Flächen ausweisen.

Zwar sei es wünschenswert, Gewerbe, Industrie und Wohnen zu kombinieren, aber der bloße Bestandsschutz reiche planungsrechtlich nicht aus.

Herr Gey plädiert dafür, die Abstimmung zu vertagen und die Stellungnahme der Verwaltung zu den aufgeworfenen Fragen abzuwarten.

Herr Frank bittet die Verwaltung sicherzustellen, dass die Stellungnahme rechtzeitig für die politische Vorbereitung vorliege.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird in die nächste Sitzung vertagt.